



Freie Bahn statt Spagetti Gewirr Verhandlungen über ein EU-ASEAN FTA sind in Gang gekommen

von Christa Wichterich

Der Artikel wurde erstmalig veröffentlicht im Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), Nr. 03-04/Januar 2008 (www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org)

Die EU macht Druck, biregional ein Freihandelsabkommen mit den ASEAN Staaten auszuhandeln. Sie legt ihre Interessen offen: schnell, vereinheitlichend, „tief“ und wettbewerbsorientiert soll das FTA sein. Doch die *Association of Southeast Asian Nations* ist 40 Jahre nach ihrer Gründung weder ein einheitlicher Markt noch ein Wirtschaftsblock. Lassen sich die Gegensätze in einen „fairen Deal“ bringen, fragt Christa Wichterich.

„Die EU Wirtschaft kann nicht warten. An fragmentierten Märkten sind wir nicht interessiert“, sagt Joachim Ihrcke, Leiter der EU-Handelskammer in Singapur, und klagt über die „unerträglichen Diskriminierung“ von EU-Investoren und Importen z.B. im Vergleich mit Konkurrenten aus Japan. EU-Unternehmen wollen Tempo beim Aushandeln eines FTAs, denn „je länger wir warten, desto stärker die Dominanz durch China.“

„Die EU ist nicht an einem „flachen“ Abkommen interessiert, sondern nur an einem tiefen“, so der zuständige Verhandlungsführer der EU-Kommission, Philippe Meyer. Das Verhandlungsmandat, das die Kommission im April 2007 erhielt, legt das Schwergewicht auf die Beseitigung nicht-tarifärer Handelsbarrieren, auf Dienstleistungen, Investitionen, intellektuelle Eigentumsrechte und öffentliche Beschaffung.

Die Handelsinitiative TREATI von 2003, die in den ASEAN-Ländern Regelharmonisierungen und Produktstandards einführt, geht der EU nicht „tief“ genug. Präferenzen und Differenzierungen sollen wegfallen, für alle Liberalisierungsregeln sollen die Prinzipien der Einheitlichkeit und Reziprozität gelten. So soll das FTA mit einem Streich der „Spagetti-Schüssel“, dem Gewirr von bilateralen Verträgen zwischen einzelnen europäischen und asiatischen Ländern, ein Ende bereiten. Da eine stärkere regionale Integration ASEANs Voraussetzung dafür ist, stellt die EU in ihrer Entwicklungszusammenarbeit 2007-13 als flankierende Maßnahme 1,3 Milliarden Euro bereit, um diese zu fördern.

Das FTA wird mit 7 ASEAN-Ländern verhandelt: Singapur, Malaysia, Brunei, Indonesien, Philippinen, Thailand, Vietnam. Myanmar schließt die EU aus Menschenrechtsgründen kategorisch aus. Ebenso die beiden am wenigsten entwickelten Länder Kambodscha und Laos. Vietnam ist mit von der Partie, wird aber noch nicht als Marktwirtschaft anerkannt.

Die von der EU bestellte „Vision Group“ wie auch zwei Wirkungsstudien kommen zu dem Ergebnis, dass nur eine offensive „tiefe“ Liberalisierung - vor

allem des Dienstleistungssektors - Vorteile bringt. Dann würden die EU-Exporte in die ASEAN-Länder um 24,2 % ansteigen, die Exporte aus ASEAN in die EU um 18,5%. Bis zum Jahr 2020 könnte das BIP dank Freihandel in der ASEAN-Region durchschnittlich um 2 % steigen, allerdings nicht gleichmäßig verteilt. So wird befürchtet, dass Singapur, Malaysia und Brunei die größten Gewinne einstreichen werden und die schwächeren Ökonomien den Kürzeren ziehen.

Zwar besteht bei den ASEAN-Staaten, die eine export-orientierte Wachstumsstrategie verfolgen, ein Interesse am Zugang zum EU-Markt und an ausländische Direktinvestitionen. Doch sie fürchten die Dampfwalzmethode der EU, da dadurch die politischen Entscheidungsoptionen zum Schutz lokaler Märkte, zur Unterstützung einheimischer Industrien z.B. durch den Anteil lokaler Zulieferung oder zur Kontrolle von Finanzkapital eingeschränkt werden.

Entsprechend wirbt Surin Pitsuwan, Generalsekretär des ASEAN-Sekretariats in Indonesien, um Verständnis, dass die ASEAN-Länder das Tempo drosseln wollen. Sie bräuchten Flexibilität und einen „fairen Deal“ von der EU und außerdem Zeit, um überhaupt erst einmal einheitliche Verhandlungspositionen abzustimmen. Die noch nicht ratifizierte ASEAN Charter vom November 2007 strebt für 2015 eine Wirtschaftsgemeinschaft an. Haupthürde ist der extrem unterschiedliche Entwicklungsstand: das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Singapur liegt mit 22 400 Euro fast so hoch wie in der erweiterten EU, das in Vietnam mit 482 Euro unter der Armutsgrenze von 2-Dollar pro Tag.

Dagegen argumentiert die EU, einheitliche Regeln würden die Rechte der Schwachen schützen und ohnehin sei nachhaltige Entwicklung das übergeordnete Prinzip der Handelsregeln. Allerdings ist das Beharren der EU-Kommission darauf, gegen den Willen der ASEAN-Regierungen das öffentliche Beschaffungswesen auf die Liberalisierungsagenda zu setzen und die öffentliche Daseinsvorsorge nicht von der Liberalisierung auszunehmen, ein untrüglicher Indikator dafür, dass sie Außenhandelspolitik im Interesse von EU-Konzernen macht und diesem die Entwicklungsprioritäten der Partnerländer unterordnet.

Einen sozialen und ökologischen Gegenakzent zur neoliberalen Agenda der EU-Kommission fordern nicht nur Gewerkschaften in der EU und ASEAN, sondern auch ein Resolutionsentwurf zum FTA, den das Internationale Handelskomitee des EU-Parlaments unter Federführung des britischen Labour-Abgeordneten Glyn Ford soeben vorgelegt hat. Er fokussiert auf Nachhaltigkeitsfaktoren und plädiert dafür, ein Multistakeholder-Forum zum FTA einzurichten, damit Arbeits- und Umweltstandards auch tatsächlich umgesetzt werden. Im Streitfall sollen diese Standards genauso wie die wirtschaftlichen Regeln einem Schlichtungsverfahren unterworfen werden.

Gegen die bisherigen Geheimhaltungstaktiken der EU-Kommission fordert die Resolution ein baldiges *Sustainability Impact Assessment*, das öffentlich diskutiert und in die Verhandlungen eingespeist werden soll. Bislang legte die

EU Nachhaltigkeitsstudien erst kurz vor Vertragsabschluss vor und ihre Ergebnisse blieben ohne Einfluss auf die Verhandlungen. Insgesamt stellt die Resolution einen Vorstoß dar, der mächtigen EU-Kommission mehr Transparenz und Informationsoffenheit gegenüber dem EU-Parlament und der Zivilgesellschaft abzuverlangen.

Zivilgesellschaftliche Kräfte fürchten, dass das „ambitionierte“ neoliberale Vorpreschen der EU-Kommission in den ASEAN-Ländern – wie das EU-Mexiko-FTA – entgegen positiver Prognosen schwächere Sektoren und Akteure marginalisieren, die De-industrialisierung vorantreiben und neue Armut schaffen wird.

Auf den Philippinen hat sich bereits eine breite Widerstandsbewegung formiert. Sie wendet sich gegen eine weitere Kommerzialisierung von Land und Landwirtschaft zum Nachteil für die Ernährungssicherheit und Existenzgrundlage von KleinbäuerInnen, wie auch gegen die Ausbeutung des Mineralienreichtums durch ausländische Investoren. Hinter der EU-Forderung nach Liberalisierung des Handels mit Umweltgütern und –dienstleistungen vermutet sie eine weitere Privatisierung der Wasser- und Energieversorgung. Frauenorganisationen sorgen sich, dass Jobverluste in arbeitsintensiven Exportindustrien noch mehr Frauen zur Migration veranlassen wird, das FTA jedoch keinerlei rechtliche Absicherung für MigrantInnen vorsieht, sondern nur für hochqualifizierte Experten und Konzernmitarbeiter.

Die thailändische Anti-FTA-Bewegung verhinderte ein Thai-US-FTA im Jahr 2006. Kern der Auseinandersetzung waren geistige Eigentumsrechte im medizinischen Bereich. Gerade protestiert sie gegen Vorstöße von US- und EU-Pharmakonzernen, die neue thailändische Regierung zur Aufhebung der Zwangslizenzen für lebensrettende AIDS- und Krebsmedikamente zu drängen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen lehnen eine von der neoliberalen Agenda des FTAs getriebene regionale Integration der ASEAN-Länder ab und fordern eine an sozialer Gerechtigkeit, Ernährungssouveränität und sozialer Sicherheit orientierte Kooperation innerhalb der Region.

ⁱ Aussagen bei einem Multi-Stakeholder Dialog, den die Friedrich-Ebert-Stiftung am 14.2.2008 in Bangkok veranstaltete.